Zur Einführung

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **64 (1977)**

Heft 14-15: **Kleinere Schulklassen : Rückblick auf einen Abstimmungskampf**

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

schweizer schule

Halbmonatsschrift für Erziehung und Unterricht

15. Juli 1977 64. Jahrgang Nr. 14/15

Kleinere Schulklassen!?

Rückblick auf einen Abstimmungskampf

Zur Einführung

In fünf deutschschweizerischen Kantonen wurde in jüngster Vergangenheit über SP- resp. VPOD-Initiativen für kleinere Schulklassen abgestimmt. Lediglich im Kanton Basel-Stadt vermochten die Initianten durchzudringen, während in den Kantonen Solothurn, St. Gallen, Luzern und Zug die Stimmbürger ein entschiedenes Nein in die Urnen legten.

Wenn Heinz Eckert in den «Luzerner Neuesten Nachrichten» diesen Volksentscheid als «nur politisch» kommentiert, da die Initiative «aus falscher Richtung» gekommen sei. dann gibt er sich naiver als er vermutlich ist, weil Abstimmungskämpfe und Wahlschlachten nun einmal politisch sind. Was denn sonst? Aber man ist es ja längst gewohnt, dass gewisse Journalisten die Politik dort zur Hure herabwürdigen, wo sie andere Wege geht, als ihnen lieb ist.

In dieser Nummer, von der einige behaupten mögen, sie käme zu spät, geht es darum, einen Abstimmungskampf, der uns Lehrer, aber auch alle Eltern direkt betrifft, nochmals abrollen zu lassen, Pro und Contra, wie sie in der Presse zum Ausdruck kamen, gegeneinander abzuwägen und sich selber ein Urteil zu bilden, auf welcher Seite überzeugender gefochten wurde.

Wir Lehrer stehen immer wieder im Verruf, idealistisch, ja utopisch zu denken. Wir sollten darauf stolz sein, denn Pädagogik ist kein Business, sie lebt von Idealismus, vom Vertrauen in die positiven Kräfte des Menschen.

Aber das gibt uns noch nicht das Recht, diesen Idealismus auch von den andern zu fordern. Zwar haben wir die Pflicht, uns für die Interessen der Kinder einzusetzen – das erwarten die Eltern von uns –, doch müssen wir auch die Interessen der andern, selbst wenn sie «nur» finanzieller oder wirtschaftlicher Natur sind, respektieren. Nicht immer ist das Beste auch für alle das Gute. Wir dürfen nicht vergessen, dass in den vergangenen 20 Jahren enorme Summen in unser Bildungswesen investiert, immer neue Dienstleistungen übernommen wurden; man denke nur etwa an den Ausbau der Oberstufe, an das Hilfs- und Sonderschulwesen, an die verschiedenen Beratungsdienste, den Schulhausbau, die Schaffung neuer Lehrstellen usw. Auch das Berufs- und Hochschulwesen forderte und fordert immer grössere Investitionen. Gewiss, das ist im allgemeinen gut angelegtes Geld. Nur erscheint es paradox, wenn einerseits dem Staat immer mehr abverlangt, die nötigen Kredite aber vom Volk nicht bewilligt werden.

Darf man solches nicht auch einmal in einer pädagogischen Zeitschrift schreiben?

Wenn Sie mich fragen, ob ich für kleinere Schulklassen eintrete, dann sage ich ohne zu zögern ja. Trotzdem habe ich gegen die Initiative gestimmt, weil ich sie für voreilig und in der momentanen wirtschaftlichen Lage für unrealistisch hielt. Doch war sie nicht überflüssig, weil das Volk und unsere Politiker dadurch sensibilisiert wurden und so einige Hoffnungen bestehen, dass einerseits

bei Gesetzesrevisionen die Richt- oder Maximalzahlen herabgesetzt, anderseits Klassen nicht einfach zusammengelegt und Lehrstellen «eingespart» werden.

Ich erachte es daher als notwendig, dass wir uns auch in Zukunft für kleinere Schulklassen einsetzen. Das erfordert allerdings noch viel geduldige Aufklärungsarbeit. CH

Die Klassengrösse als Gegenstand erziehungswissenschaftlicher Untersuchungen*

Anton Strittmatter

Vorbemerkung

Wenn bildungspolitische Vorstösse für eine Senkung der Klassengrössen zur Diskussion stehen, hat sich der Parlamentarier oder Stimmbürger meist drei Fragen zu überlegen: 1. Sind kleinere Schulklassen mit z. B. 20 gegenüber 30 Schülern pädagogisch wünschbar? 2. Ist eine bestimmte Art der gesetzlichen Festlegung des Anliegens (z. B. die Fixierung einer bestimmten Höchstzahl oder die Nennung einer Richtzahl zweckmässig? 3. Sind die finanziellen Konsequenzen bei Anstreben einer bestimmten durchschnittlichen Klassengrösse tragbar (bei Mehraufwendungen) bzw. notwendig (bei Einsparungen)? Ich will mich hier – mit Ausnahme der Schlussüberlegung – nur mit der ersten Frage beschäftigen und zudem aus dem breiten Spektrum pädagogischer Argumentationsweisen einen Aspekt herausgreifen: Den Ertrag bisheriger erziehungswissenschaftlicher Untersuchungen zum Problem der optimalen Klassengrösse. Eine gründlichere Sichtung der vorliegenden Forschungen drängt sich auf, nachdem in den parlamentarischen Debatten und in zahlreichen Presseartikeln der letzten Zeit hüben und drüben ein oft ebenso eifriges wie unsorgfältiges Zitieren von «wissenschaftlichen Untersuchungen» und «pädagogischen Fachleuten» eingesetzt hat. Wer diese Kontroversen verfolgt, muss verunsichert sein: Wer hat denn nun recht? Was liegt wirklich vor an wissenschaftlichen Untersuchungen und Ergebnissen?

Zwei Untersuchungsarten

Für unsere Frage von Bedeutung sind zwei Arten von wissenschaftlichen Untersuchungen: einmal die direkten Untersuchungen zur Auswirkung grosser und kleiner Schulklassen auf den Lernerfolg; dann aber auch sozialpsychologische Grundlagenuntersuchungen zum Verhalten von grossen und kleinen Gruppen allgemein.

Die erste Art Untersuchungen verläuft in der einfachsten Form so: Man wählt eine Anzahl grosse (zum Beispiel 26 bis 35 Schüler) und kleine (zum Beispiel 16 bis 25 Schüler) Schulklassen eines Altersjahrgangs aus und vergleicht nach einer bestimmten Zeit anhand von Prüfungen den durchschnittlichen Leistungsstand der Schüler in grossen und in kleinen Klassen. Mit Hilfe statistischer Verfahren kann man zudem überprüfen, wieweit die gewonnenen Unterschiede zugunsten der grossen oder der kleinen Klassen eher zufällig sind oder aber mit grosser Wahrscheinlichkeit tatsächlich bestehen (Signifikanz).

Weil ja mit Sicherheit die Klassengrösse allein nicht für den Lernerfolg der Schüler verantwortlich ist, achten anspruchsvollere Untersuchungen zudem auf weitere Einflussgrössen wie: Zusammensetzung der Klasse (Alter, Intelligenz usw.), Verhalten des Lehrers, Unterrichtsform (Vortrag, Diskussion, Gruppenarbeit, Einzelarbeit usw.) oder Lehrmitteleinsatz. Indem solche anderen Einflüsse «unter Kontrolle» gehalten werden, sollen die Auswirkungen der unterschiedlichen Klassengrössen eindeutiger bestimmt und auch eher erklärbar gemacht werden. Ferner kann auch das Kriterium «Lernerfolg» unterschiedlich bestimmt bzw. variiert werden: Man kann einfach Wissen

* Leicht veränderte Fassung eines Artikels in der «Luzerner Neueste Nachrichten» vom 24. 5. 1977.